

29. Sep. 2006

DIE WELT

LEITARTIKEL Deutsche Sozial- und Gesundheitspolitik / Von Konrad Adam

Herrschaft der Lüge

Das die bombastisch so genannte Gesundheitsreform, das ehrgeizigste Vorhaben der großen Koalitionsregierung, von ihren Eltern auf einen Leidensweg gestoßen worden ist, auf dem sie von einer Niederlage zur nächsten taumelt, hat viele Ursachen. An erster Stelle steht die Undurchschaubarkeit des Ganzen. Kein Mensch, nicht einmal die Experten, kann auch nur einigermaßen verlässlich vorher-sagen, was die Reform bewirken, was sie kosten und wen es schließlich treffen wird. Nur dass es insgesamt teurer wird, weiß uns Frau Merkel heute schon zu sagen. Die Maschine ist viel zu kompliziert gebaut, um verlässliche Prognosen darüber zu erlauben, wie sich der Eingriff am einen Ende am anderen Ende auswirken könnte. Der nächste Grund ist das ausgeprägte Misstrauen zwischen den Großparteien und seine notwendige Folge, der fehlende Wille zum gemeinsamen Erfolg. So, wie die Dinge liegen, wird die Reform vor allem Ärger machen, und den will man, den nächsten Wahltag fest im Blick, dem ungeliebten Partner überlassen.

Ein drittes, nicht weniger wichtiges Motiv kommt hinzu. Diejenigen, die das Vorhaben begleiten und vorantreiben, werden von ihm, wenn überhaupt, nur marginal betroffen sein. Gleichgültig ob als Ministerialbeamte oder als Volksvertreter genießen sie Sonderkonditionen, die sie gegen den Ausgang der Reform einigermaßen unempfindlich machen. Sie wissen, dass sie nicht viel zu gewinnen, aber auch kaum etwas, anders als das profane Volk, zu dessen Betreuung sie sich aufgerufen fühlen, zu verlieren haben; und das zählt in den mageren Jahren, denen wir entgegen-

eilen, mehr als alles andere. Sie betreiben das Unternehmen in der angenehmen Erwartung, das viele Geld, das sie da umverteilen, nicht selbst aufbringen zu müssen, für die Großzügigkeit, mit der sie es anderen in die Tasche stecken, aber trotzdem belohnt zu werden. Das bestimmt ihr Kalkül und ihr Verhalten.

Nicht nur in der Gesundheitsfrage kommt ihnen die Position des un-beteiligten Dritten zu; anderswo, bei den vielen, mehr oder weniger alltäglichen Risiken, gegen die sie uns zu Bedingungen zwangsversichern, die regelmäßig schlechter sind als alles, was wir selbst in dieser Absicht unternehmen könnten, gilt dasselbe. Altersarmut, Überschuldung oder das Umsichgreifen der alltäglichen Gewalt sind Risiken, die der gelernte Politiker nur vom Hörensagen kennt. Zwangsbeiträge drücken ihn nicht, da er keine bezahlt; Steuererhöhungen lassen ihn kalt, da er einen beträchtlichen Teil seiner Einkünfte abgabenfrei bezieht; und wenn die Kanzlerin für einen auswärtigen Gast eine Grillparty veranstaltet, haben 12 000 Polizisten für eine Sicherheit zu sorgen, die sich unsereiner von irgendeiner Wach- und Schließgesellschaft teuer erkaufen muss, weil sie der Staat nicht länger garantieren kann.

Aus Sicht des durchschnittlichen Abgeordneten zerfällt das Volk, das er vertritt, in zwei große Blöcke: in die einen, die Wohltaten erhalten, und die anderen, die dafür bezahlen müssen. Regierungskunst im Wohlfahrtsstaat besteht in dem Talent, die Stimmen der einen, der Bittsteller, der Anspruchsberechtigten und der Zuwendungsempfänger, mit dem Geld zu kaufen, das man den anderen vorher abgenommen hat. Um das zu

schaffen, muss man beiden Seiten Sand in die Augen streuen. Die einen sollen glauben, dass sie mithilfe des Staates ein gutes Geschäft machen, die anderen dürfen nicht merken, dass und wie sie übers Ohr gehauen werden. Wer das eine mit dem anderen verbinden kann, ist der geborene Sozialpolitiker.

Im Zeitalter der Umverteilung wird Politik zur hohen Kunst der Lüge, des Verbiegens, Verschweigens und Versteckens. Der ungarische Ministerpräsident hat das eingestanden und damit eine Wendung zu mehr Wahrhaftigkeit immerhin möglich gemacht; auf die man hierzulande allerdings vergeblich wartet. Kann man sich Blüm oder Dressler, Waigel oder Eichel in der Rolle des reuigen Sünders vorstellen, der zugibt, das Volk getäuscht zu haben? Ihm Sicherheiten versprochen zu haben, die es nie gab und auch nie geben wird, und die Zukunft des Landes sehenden Auges für seine Vergangenheit hingegeben zu haben?

In Deutschland nennt man so etwas Realpolitik. Was offenbar bedeuten soll, dass in der politischen Realität die Wahrheit notwendigerweise zu kurz kommt. Realpolitiker beklagen sich gern über den Widerspruch, den sie darin zu erkennen glauben, dass die Bürger von Leuten, denen sie immer weniger vertrauen, immer mehr erwarten. Umgekehrt wird ein Schuh draus. Der Widerspruch liegt aufseiten der Politiker, die denselben Bürgern, von denen sie Selbstständigkeit und Eigenverantwortung verlangen, nichts mehr zumuten. Nicht einmal mehr die Wahrheit.

konrad.adam@welt.de